



Bürgerinitiative gegen Flugverkehrsbelastung
im Landkreis Konstanz e.V.
www.fluglaerm-weg.de
info@fluglaerm-weg.de

Pressemitteilung der Bürgerinitiative

11.04.2013

Petitionsabgabe: Ramsauer stellt sich nicht den Bürgern aus Südbaden

Konstanz: Bundesverkehrsminister Ramsauer stößt Südbaden erneut vor den Kopf: Der Minister stellt sich nicht der Aufgabe, die von mehr als 10.000 Bürgern unterzeichnete Petition gegen den Staatsvertrag persönlich entgegenzunehmen. Wir als Bürgerinitiative gegen Flugverkehrsbelastung im Landkreis Konstanz fordern den Minister unverändert auf, die nun auch vom Europäischen Gerichtshof eindeutig bestätigten, berechtigten Schutzrechte für die deutsche Bevölkerung in einem neuen Staatsvertrag sicherzustellen.

Die Bitte der Bürgerinitiative, die an den Minister persönlich gerichtete Petition diesem auch persönlich übergeben zu dürfen, wurde abgeschlagen. In seinem Antwortschreiben lässt der Minister mitteilen, dass angesichts der an den Petitionsausschuss gerichteten Menge an Petitionen eine persönliche Übergabe nicht möglich sei. Dies ist zum einen ein erneuter Affront gegenüber den Bürgern, die mit ihrer Unterschrift ihren Unmut über diesen dilettantisch ausgearbeiteten Staatsvertrag zum Ausdruck gebracht haben. Zum anderen richtet sich die Petition nicht an den Petitionsausschuss, sondern an den Minister persönlich.

Entpuppt sich das vom Verkehrsminister veröffentlichte Handbuch zur Bürgerbeteiligung und Bürgernähe als „Schall und Rauch“?

Nicht mit uns, denn Schall haben wir schon mehr als genug!

Wir Bürgerinnen und Bürger in Südbaden fühlen uns vom Bundesverkehrsministerium getäuscht, wenn der vorliegende Staatsvertrag als Entlastung angepriesen wird. Das Gegenteil ist der Fall: „Der Vertrag öffnet der Schweiz das „Flugschneisentor“ über Südbaden sperrangelweit“, so die Bürgerinitiative.

Für die Bundesrepublik Deutschland gibt es weder wirtschaftliche noch rechtliche Zwänge, die Expansionswut des Züricher Flughafens auf Kosten der südbadischen Bevölkerung zu gestatten. Allein die Schweiz selbst hat den wirtschaftlichen Profit und hat daher auch die Lasten zu tragen. Dies gilt um so mehr nach dem jüngst ergangenen EuGH-Urteil.

Die Bürgerinitiative fordert deshalb auf der Grundlage dieses Urteils kein Zurückweichen hinter die bestehende 220. DVO und den Abschluss eines Staatsvertrags auf Basis der Stuttgarter Erklärung:

Reduzierung der Anflüge über deutschem Hoheitsgebiet auf max. 80.000 pro Jahr, keine Abflüge über deutschem Gebiet, keine Flughöhenabsenkung der An- und Abflüge, keine Umweg- und Warteflüge über deutschem Hoheitsgebiet, Anflüge aus Osten und Westen sind frühzeitig und ausschließlich über Schweizer Gebiet zu führen und Aufhebung des Warteraumes RILAX.

Sollten diese Forderungen weiterhin nicht berücksichtigt werden, so wartet Südbaden gespannt auf die nächste Bundestagswahl.